

## Vernetzungstreffen der Sozialpolitik-Forschung in NRW

Kooperationsveranstaltung des FGW und der Sektion Sozialpolitik und Sozialökonomie der Ruhr-Universität Bochum

Bochum 22.11.2018

Impuls von:

Prof. Dr. Ute Klammer (Institut Arbeit und Qualifikation/Universität Duisburg-Essen)

Vorbemerkung: Die folgenden Reflexionen entstanden ursprünglich – in etwas abgewandelter Form - für ein Kurzstatement zur Veranstaltung „Herausforderungen für politisches Handeln aus Sicht wissenschaftlicher Beiräte der Bundesregierung“, Berlin, 23.5.2018, organisiert durch die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030.

Die Überlegungen speisen sich aus der langjährigen Erfahrung der Verfasserin in unterschiedlichen politikberatenden Beiräten, Kommissionen und Institutionen, u.a.:

- Mitgliedschaft im Rat für nachhaltige Entwicklung
- Vorsitzende der Sachverständigenkommission für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung
- Mitglied in der Sachverständigenkommission für den zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung
- Mitglied des Sozialbeirats der Bundesregierung
- Mitglied der Kommission „Diskriminierung nach dem Geschlecht“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- Mitglied im FIS-Beirat (Fördernetzwerk interdisziplinäre Sozialpolitikforschung) des BMAS
- Mitglied der ExpertInnengruppe im Prozess „Arbeiten 4.0“ des BMAS
- Vorstandsmitglied des „Forschungsinstitut für Gesellschaftliche Weiterentwicklung“ (FGW), Düsseldorf, als durch das Landeswissenschaftsministerium NRW finanzierten Einrichtung zur Förderung des Dialogs und die Kooperation von Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

Im Rahmen des Konsultationspapiers zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom Juni 2018 wird die „Stärkung der Politikkohärenz“ als besondere Herausforderung identifiziert (S. 4). Ein weiteres Ziel stellt die „Stärkung Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure“ dar, zu welchem Zweck ein neues regelmäßiges Dialogformat mit gesellschaftlichen Akteuren (Forum Nachhaltigkeit im Bundeskanzleramt) etabliert wurde. Die „Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030“ soll in diesem Zusammenhang als „Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik“ fungieren, um „die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und der SDGs mit wissenschaftlicher Expertise zu unterstützen“ (ebd. S. 5).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Politikberatung durch wissenschaftliche Beiräte und Kommissionen, so wie sie gegenwärtig praktiziert wird, diesen Zielvorstellungen

gerecht wird. Einiges spricht dafür, dass dies häufig nicht der Fall ist und über die Konsequenzen wie auch Entwicklungsmöglichkeiten nachgedacht werden sollte. Im Folgenden einige Stichpunkte:

- Wissenschaftliche Kommissionen werden häufig temporär eingesetzt, um Handlungswillen zu demonstrieren, teilweise auch ein identifiziertes Problem zunächst „auszulagern“. Nicht immer ist der Handlungsauftrag klar formuliert. Unterschiedliche Erwartungen von Politik und Wissenschaft, aus denen oft gegenseitige Enttäuschungen resultieren, erwachsen u.a. aus unterschiedlichen Zeithorizonten: Politik will schnelle, knapp formulierte Ergebnisse – Wissenschaft arbeitet in längeren Zeithorizonten. Eine bessere Kommunikation diesbezüglich von Anfang an oder auch eine Parzellierung von Arbeitsaufträgen könnte helfen.
- Wie nicht zuletzt der o.g. Beirätedialog am 23.5.2018 gezeigt hat, existieren teilweise gleichzeitig Beiräte mit ähnlichem thematischen Arbeitsauftrag, aber unterschiedlichen politischen „Auftraggebern“, die sich ihrer Ko-Existenz nicht bewusst sind und entsprechend nicht im Austausch stehen. Zu überprüfen wäre, inwiefern hier Redundanzen bestehen und Ressourcen verschwendet werden. In jedem Fall läge es nahe, mehr Transparenz über die existierenden Beiräte und Beratungsinstitutionen zu schaffen und so einen Austausch, ggf. eine Abstimmung zu ermöglichen und zu fördern. Dies könnte beispielsweise durch eine Plattform/Datenbank geschehen.
- Enttäuschungen in der wissenschaftlichen Politikberatung resultieren häufig daraus, dass die Ergebnisse – üblicherweise Berichte und damit verknüpfte Empfehlungen – ohne die erwartete Resonanz „in der Schublade verschwinden“. Selbstverständlich kann keine Verpflichtung zur politischen Umsetzung wissenschaftlich abgeleiteter Handlungsempfehlungen bestehen. Es ist aber zu fragen, ob nicht wenigstens eine Verpflichtung zur Auseinandersetzung und Stellungnahme mit den in Auftrag gegebenen (von WissenschaftlerInnen häufig ehrenamtlich erarbeiteten) Berichten besteht. Auch dies ist eine Frage der Nachhaltigkeit.
- Wissenschaftliche Politikberatung und Kommunikation mit Politik und Zivilgesellschaft sind keine Ausbildungsbestandteile des Studiums bzw. der wissenschaftlichen Karriere. Wenn wissenschaftliche Politikberatung gewünscht ist, macht es Sinn, hieran interessierten WissenschaftlerInnen entsprechende Schulungen anzubieten. Dies betrifft sowohl die erwarteten Textsorten, als auch die Kommunikationsformen, die sich von denen der wissenschaftlichen Fachcommunity oft deutlich unterscheiden. (Natürlich wäre es ebenso hilfreich, PolitikerInnen für die Kommunikation mit WissenschaftlerInnen zu sensibilisieren).
- Noch zu entwickeln wären in diesem Zusammenhang abgestimmte Standards für die wissenschaftliche Politikberatung. Diese existieren bisher (nach Wissen der Verfasserin) nicht oder werden zumindest nicht regelmäßig der Arbeit in Beiräten/Kommissionen bzw. der Politikberatung allgemein zugrunde gelegt. Hierzu

gehört auch die Frage, wie Politikberatung evaluiert bzw. ein regelgeleitetes Monitoring etabliert werden kann.

- Wenn Politik die stärkere Einbeziehung von Wissenschaft ins Auge fasst – wie es im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie postuliert wird –, so sollte auch reflektiert werden, dass die Gratifikationssysteme des Wissenschaftssystems bisher *kein* Engagement in der Politikberatung fördern. Im Gegenteil: wer sich als WissenschaftlerIn dieser Aufgabe stellt und seine Zeit entsprechend einbringt, riskiert, im Wettbewerb um kompetitive Drittmittel und referierte Publikationen abgehängt zu werden. Wenn Politik die besten Köpfe gewinnen will, sich in die Gestaltung der zukünftigen Herausforderungen mit einzubringen, so wird kein Weg daran vorbeigehen, über die Anreizstrukturen im Wissenschaftssystem nachzudenken und diese aus ihrer gegenwärtigen Engführung herauszuholen.
- Die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik bzw. Zivilgesellschaft darf keine Einbahnstraße sein. Es reicht nicht, wissenschaftliche Erkenntnisse (wenn überhaupt) im Sinne eines „Transfers“ in die Politik und Zivilgesellschaft hineinzutragen. Gesellschaftliche Herausforderungen erfordern die gemeinsame Diskussion und Entwicklung von Forschungsthemen von Anfang an. Insofern ist nach Formaten zu suchen, in denen Politik und Zivilgesellschaft im Sinne von „citizen science“ oder „community based research“ schon in die Identifikation von Forschungsdesideraten mit einbezogen werden kann. An den Hochschulen können entsprechende Orientierungen durch Ansätze von „service learning“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNA) gefördert werden. Diese konnten sich bisher vor allem in den kurzen, durchgetakteten BA-Studiengängen aber nicht in der Fläche durchsetzen.
- Wissenschaftliche Beiräte sind teilweise schon viele Jahre aktiv (wie bspw. der bereits von Adenauer eingerichtete Sozialbeirat, der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen oder auch der Rat für Nachhaltige Entwicklung). Dies ermöglicht es, stabile Arbeitsstrukturen aufzubauen und Themen langfristig zu verfolgen. Anders sieht es allerdings bei wissenschaftlichen Kommissionen aus, für die häufig in kurzer Zeit Geschäftsstellen eingerichtet und aufgebaut, Arbeitsweisen abgestimmt und Kommunikationsformate entwickelt werden – um alles zwei, drei Jahre später wieder aufzulösen. Dies ist weder in Bezug auf das Know-How und die Geschäftsstellenausstattung, noch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse der GeschäftsstellenmitarbeiterInnen nachhaltig. So musste nach Ende der Arbeit der ersten Gleichstellungskommission die gesamte Geschäftsstelle aufgelöst werden – bevor der Bundestag beschloss, dass künftig regelmäßig wissenschaftliche Gleichstellungsberichte erstellt werden sollen, eine zweite Kommission berufen und eine komplett neue Geschäftsstelle aufgebaut wurde. Zu prüfen wäre, ob für entsprechende Geschäftsstellenaufgaben von der Bundes-/Landespolitik dauerhaftes Personal eingestellt (und professionalisiert) werden könnte, das im Laufe der Zeit wechselnden wissenschaftlichen Kommissionen und Beiräten zuarbeiten könnte.

- Wenn im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie mehr „Politikkohärenz“ angemahnt und angestrebt wird, so muss last but not least auch ein Dialog darüber geführt werden, wie dies angesichts wechselnder Regierungen und Profilierungsbemühungen (-zwänge?) der jeweils politisch Verantwortlichen realisiert werden kann. Wie die Erfahrung zeigt, setzen MinisterInnen vorzugsweise ihre „eigenen“ Themen und lassen sie – gegebenenfalls - durch wissenschaftliche Beratung absichern und unterstützen. Doch niemand führt gerne die Projekte des Vorgängers/der Vorgängerin fort, lassen sich damit doch keine Lorbeeren und kein eigenes Profil mehr gewinnen. Stattdessen wird das Rad gerne neu erfunden. Dies ist tragisch für die wissenschaftliche Politikberatung - vor allem, wenn Kommissionsberichte vor einem politischen Wechsel nicht den Weg in den politischen Prozess gefunden haben, oder gar nicht beendet werden konnten. Es ist jedoch auch alles andere als ökonomisch und sozial nachhaltig.
- Ein besonders unbefriedigendes aktuelles Beispiel: Die letzte Landesregierung NRW hat mit rd. 9 Mio. Euro für fünf Jahre die Anschubfinanzierung für das „Forschungsinstitut für Gesellschaftliche Weiterentwicklung“ (FGW) mit dem Ziel der Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft bereitgestellt. Nachdem hier viel Aufbauarbeit geleistet wurde, lässt nach dem politischen Wechsel die aktuelle Wissenschaftsministerin ohne Evaluation oder Beratung mit den Beteiligten über strukturelle und/oder inhaltliche Weiterentwicklungsmöglichkeiten ihre Absicht verlauten, die Institution nicht weiter fördern und somit einstellen zu wollen – obgleich die Schwerpunktthemen (wie Digitalisierung, Stadtentwicklung, Rechtspopulismus) weiterhin hoch auf der politischen Agenda stehen und bundesweit gerade ein sehr ähnliches „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ aufgebaut werden soll. Die von rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Kontext des FGW erarbeiteten Studien und Expertisen, von denen viele gerade erst fertiggestellt wurden, werden ohne eine Weiterführung der Organisation jedoch nur schwer in einen Dialog mit Politik und Zivilgesellschaft eingebracht werden können. Hier werden Arbeit, ehrenamtliches wissenschaftliches Engagement und nicht zuletzt Steuermittel auf nicht nachhaltige Weise vergeudet. Nicht nur neue Impulse, sondern auch der verantwortungsbewusste Umgang mit Ressourcen und der Beitrag zu politischer Kohärenz sollten insofern Prüfsteine für politisches Handeln sein.
- Die skizzierten Erfahrungen sind nicht auf die sozialpolitische Politikberatung beschränkt. Da aber gerade der konstatierte Mangel an Expertise in der *sozialpolitischen* Politikberatung in den vergangenen Jahren (Stichwort „Leibfried-Papier“) breit diskutiert wurde und nicht zuletzt zur Gründung und finanziellen Förderung des „Forschungsnetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung“ (FIS) beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) geführt hat, sollte vor allem auch in diesem Bereich die Debatte geführt werden, wie Forschung und politische Praxis erfolgreich kooperieren können.